



Wichard Woyke

Weltpolitik im Wandel

Revolutionen, Kriege, Ereignisse ...
und was man daraus lernen kann



Springer VS

Weltpolitik im Wandel

Wichard Woyke

Weltpolitik im Wandel

Revolutionen, Kriege, Ereignisse ...
und was man daraus lernen kann

Wichard Woyke
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Deutschland

ISBN 978-3-531-18006-9 ISBN 978-3-531-94262-9 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-531-94262-9

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Jan Treibel, Daniel Hawig

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Für Finja, Isabel, David und Sophie

Inhalt

1	Weltpolitik kurzgefasst – eine Einführung in Akteure, Prozesse und Strukturen der internationalen Politik	1
2	Westfälischer Frieden	9
2.1	Einführung	9
2.2	Problemkomplexe des Dreißigjährigen Kriegs	10
2.3	Der Verlauf des Dreißigjährigen Krieges	11
2.3.1	1618–1623 Böhmisches -Pfälzischer Krieg	12
2.3.2	1625–1630 Dänisch-Niedersächsischer Krieg	12
2.3.3	1630–1635 Schwedischer Krieg	12
2.3.4	1635–1648 Schwedisch-französischer Krieg	13
2.4	Ergebnisse des Westfälischen Friedens 1648 und <i>Auswirkungen</i> des Dreißigjährigen Krieges	13
2.4.1	Konfession und Religion	15
2.4.2	Verfassungsfrage und Souveränität	15
2.4.3	Mächtepolitische und wichtigste territoriale Regelungen	16
2.5	Folgen des Westfälischen Friedens	17
2.6	Was man daraus lernen kann	19
3	Französische Revolution	23
3.1	Einführung	23
3.2	Verlauf	24
3.2.1	Die erste Phase 1789–1791	24
3.2.2	Die zweite Phase 1792–1794 – Radikalisierung und Schreckensherrschaft	26
3.2.3	Die dritte Phase 1795–1799 – die Direktorialzeit	29
3.3	Bedeutung der Französischen Revolution	30
3.4	Was man daraus lernen kann	32

4	Wiener Kongress	35
4.1	Einführung	35
4.2	Verlauf	36
4.3	Aufgaben	37
4.4	Ergebnisse	38
4.5	Die deutsche Frage	41
4.6	Folgewirkungen	42
4.7	Was man daraus lernen kann	44
5	Europäische Revolutionen 1848/49	49
5.1	Einführung	49
5.2	Von der Etablierung der Heiligen Allianz zur Revolution 1848	49
5.3	1848 – Revolutionen in nahezu ganz Europa	51
5.4	Die Gegenrevolution 1848/49	54
5.5	Europäische Dimensionen der deutschen Revolution von 1848/49 ..	56
5.6	Konsequenzen und Folgen der Revolution 1848/49	58
5.7	Was man daraus lernen kann	59
6	Erster Weltkrieg	61
6.1	Einführung	61
6.2	Ursachen und Anlass	61
6.3	Anlass für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs	63
6.4	Verlauf des Krieges	64
6.4.1	Auftakt im Westen und Zweifrontenkrieg	64
6.4.2	Das Entscheidungsjahr 1917	66
6.4.3	Der Seekrieg	68
6.4.4	Nebenkriegsschauplätze	69
6.5	Ergebnisse des Ersten Weltkriegs	70
6.6	Was man daraus lernen kann	72
7	Russische Revolution	75
7.1	Einführung	75
7.2	Vorgeschichte	75
7.3	Verlauf	76
7.3.1	Die Februarrevolution 1917	77
7.3.2	Die Novemberrevolution	81
7.4	Was man daraus lernen kann	84

8	Völkerbund	87
8.1	Einführung	87
8.2	Vorgeschichte und Gründung	87
8.3	Organisationsstruktur	89
8.3.1	Bundesversammlung	89
8.3.2	Völkerbundsrat	90
8.3.3	Sekretariat	90
8.4	Zielsetzungen	91
8.5	Völkerbund in der Praxis	92
8.6	Deutschland und der Völkerbund	94
8.7	Was man daraus lernen kann	97
9	Versailler Vertrag	99
9.1	Einführung	99
9.2	Die Versailler Friedenskonferenz	99
9.3	Ergebnisse des Versailler Vertrags	101
9.4	Die Pariser Vorortverträge	105
9.5	Folgen	106
9.6	Bewertung einer deutschen Alleinschuld	109
9.7	Was man daraus lernen kann	110
10	Zweiter Weltkrieg	113
10.1	Einführung	113
10.2	Vorgeschichte und Anlass	113
10.3	Der Kriegsverlauf	116
10.3.1	Der europäische Krieg 1939–1941	116
10.3.2	Der Weltkrieg (1941–1945)	121
10.4	Bilanz	127
10.5	Was man daraus lernen kann	128
11	Truman-Doktrin und Marshall-Plan	131
11.1	Einführung	131
11.2	Entwicklung in Deutschland und Europa	131
11.3	Der Wandel der US-Außenpolitik – die Entstehung von zwei Lagern	133
11.4	Der Marshall-Plan	136
11.5	Die Reaktion – Zweiteilung der Welt	139
11.6	Bedeutung des Marshall-Plans	140
11.7	Was man daraus lernen kann	140

12 Ost-West-Konflikt	143
12.1 Einführung	143
12.2 Ursprung	143
12.3 Kalter Krieg und Blockbildung	145
12.4 Koexistenz und Konfrontation	149
12.5 Entspannung zwischen den Weltmächten	151
12.6 Die Krise der Entspannung	155
12.7 Die Auflösung des Ost-West-Konflikts	156
12.8 Was man daraus lernen kann	159
13 Entkolonialisierung	161
13.1 Einführung	161
13.2 Entwicklung	161
13.3 Entkolonialisierungsprozess	163
13.4 Erklärungszusammenhänge	165
13.5 Rückzug der Kolonialmächte	166
13.6 Die Rolle internationaler Organisationen	168
13.7 Der Prozess der Zeit nach der Entkolonialisierung – erste Entwicklungen	169
13.8 Anhaltende Probleme	171
13.9 Was man daraus lernen kann	171
14 Vereinte Nationen	173
14.1 Einführung	173
14.2 Ziele und Grundsätze	174
14.3 Institutionelle Struktur	175
14.3.1 Generalversammlung	176
14.3.2 Sicherheitsrat	176
14.3.3 Wirtschafts- und Sozialrat	177
14.3.4 Der Internationale Gerichtshof	178
14.3.5 UN-Sekretariat	178
14.3.6 Nebenorgane	179
14.3.7 Sonderorganisationen	179
14.4 Reformbemühungen	180
14.5 Finanzierung	181
14.6 Entwicklung	182
14.7 Herausforderungen und Probleme	185
14.8 Ausblick	186
14.9 Was man daraus lernen kann	187

15	Europäischer Integrationsprozess	189
15.1	Einführung	189
15.2	Europavorstellungen zwischen 1944 und 1949	189
15.3	Die Herausbildung des EG-Systems	190
15.3.1	Die Anfänge der Integrationspolitik (1951–1958)	190
15.3.2	Integrationspolitische Erfolge, Krisen und Reformversuche (1960 bis 1980)	192
15.4	Vom EG-System zur EU – Die Dialektik von Krise und Reform	194
15.4.1	Vertiefung und (Süd-)Erweiterung der EG (1980–1989)	194
15.4.2	Der Vertrag von Maastricht und die Schaffung der EU	195
15.5	Reformbemühungen und Weiterentwicklung der EU	196
15.5.1	Der Vertrag von Amsterdam	196
15.5.2	Die Nord-Erweiterung der EU	197
15.5.3	Nizza – Vorbereitung für die Osterweiterung?	197
15.5.4	Die Osterweiterung	198
15.5.5	Der Verfassungsprozess – Die Diskussion um die Finalität der europäischen Integration	200
15.5.6	Vom Verfassungsvertrag nach Lissabon	202
15.5.7	Die Euro-Krise	203
15.6	Was man daraus lernen kann	204
16	Vietnamkrieg	207
16.1	Einführung	207
16.2	Geschichte	207
16.3	Der amerikanische Krieg	209
16.4	Die Tet-Offensive	210
16.5	Johnsons Scheitern nach der Tet-Offensive	211
16.6	Vietnamisierung des Krieges	212
16.7	Die amerikanische Dolchstoßlegende	214
16.8	Die Rolle der öffentlichen Meinung und der Antikriegsbewegung	215
16.9	Auswirkungen des Vietnamkrieges	217
16.10	Was man daraus lernen kann	217
17	Nahostkonflikt	219
17.1	Einführung	219
17.2	Entstehung	219
17.3	Ebenen des Konflikts	221
17.4	Formen der Konfliktaustragung	226

17.5 Friedensbemühungen	228
17.6 Was man daraus lernen kann	232
18 Zerfall des Sozialismus	235
18.1 Einführung	235
18.2 Die Herausbildung des Sozialismus	235
18.3 Der politische Kurswechsel in der Sowjetunion nach 1985	237
18.4 Die Revolutionen im sozialistischen Lager	241
18.4.1 Polen	241
18.4.2 Ungarn	242
18.4.3 DDR	243
18.4.4 Tschechoslowakei	245
18.4.5 Bulgarien	246
18.4.6 Rumänien	247
18.4.7 Albanien	248
18.5 Direkte Folgeentwicklungen	250
18.6 Was man daraus lernen kann	252
19 Fall der Berliner Mauer	255
19.1 Einführung	256
19.2 Die erste Berlin-Krise 1948–1949	258
19.3 Die zweite Berlin-Krise 1958–1961	259
19.4 Der Modus Vivendi – die Passierscheinpolitik	262
19.5 Der Fall der Berliner Mauer	264
19.6 Was man daraus lernen kann	269
20 Irakkriege	271
20.1 Einführung	271
20.2 Der Krieg zwischen Irak und Iran	271
20.3 Der Überfall auf Kuwait und die internationale Reaktion	273
20.4 Sanktionsregime und Saddam Husseins Provokationen	275
20.5 Der Verlauf des dritten Irakkriegs	279
20.6 Besetzung des Iraks	280
20.7 Kosten des Krieges	283
20.8 Was man daraus lernen kann	284

21 Massaker von Srebrenica	287
21.1 Einführung	287
21.2 Die Jugoslawienkriege	287
21.3 Das Massaker	288
21.4 Die internationale Dimension des Massakers	291
21.5 Serbiens Entschuldigung für das Massaker	295
21.6 Die internationale Gemeinschaft und das Massaker von Srebrenica	296
21.7 Was man daraus lernen kann	297

Weltpolitik kurzgefasst – eine Einführung in Akteure, Prozesse und Strukturen der internationalen Politik

1

Seit Jahrhunderten wird das Weltgeschehen durch Krieg und Frieden charakterisiert. Perioden des Krieges lösten sich immer wieder mit Friedenszeiten ab. Mit der Herausbildung eines Systems der Nationalstaaten, wie es sich seit dem Westfälischen Frieden in Europa seit Mitte des 17. Jahrhunderts entwickelte, wurden Kriege immer mehr zwischen Staaten ausgetragen. Das 18., 19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts waren durch zahlreiche Staatenkriege gekennzeichnet. Kriege wurden damals von den Regierenden als Politik mit anderen Mitteln verstanden und galten als legitimiert. Nach dem Ersten Weltkrieg kam der Versuch der Ächtung von Kriegen auf, wobei man aber wenig erfolgreich war, wie der Zweite Weltkrieg zeigt.

Auch heute noch kennen wir Staatenkriege, wenngleich Kriege zwischen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren wie auch Bürgerkriege zunehmen. Auf der anderen Seite hat es aber auch immer wieder Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg gegeben, die sich besonders seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dynamisiert hat und zu einem wichtigen Charakteristikum der internationalen Politik geworden ist. Nicht nur in multinationalen Organisationen wie der UNO, der WHO oder der Weltbank zeigte sich diese intensivierte Zusammenarbeit zwischen Staaten kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, sondern in der Schaffung auch immer neuer Institutionen wie z. B. der G7(8), der G 20, der OPEC und vieler anderer internationalen Institutionen.

Dieses Buch versucht in zwanzig in der Regel kurzen Beiträgen ausgewählte Strukturen, Prozesse und Akteure der Weltpolitik zu charakterisieren. Es wurden Begriffe bzw. Entwicklungen gewählt, die außerordentlichen Einfluss auf die Fortentwicklung der internationalen Beziehungen hatten. Andere Autoren hätten die Auswahl in dem einen oder anderen Fall sicherlich anders getroffen, doch wird man sich in den meisten Fällen in Übereinstimmung befinden. Ziel der Darstellungen ist es, neben dem inhaltlichen Überblick dem Leser auch die Problematik des jeweiligen Sujets zu vermitteln. Nicht zuletzt enden die jeweiligen Kapitel mit der Betrachtung über den Lerneffekt dieser Entwicklung. Anschließend wird in die

jeweiligen Kapitel eingeführt, wobei die bearbeiteten Begriffe in kursiver Schrift benannt werden. Die einzelnen Kapitel können – historisch gereiht – nacheinander gelesen werden; sie können aber auch jeweils einzeln studiert werden.

Wir beginnen mit dem *Westfälischen Frieden*, der den Dreißigjährigen Krieg beendete. Der Westfälische Friede ist ein am 24. 10. 1648 nach Verhandlungen des Kaisers mit Frankreich und dessen Verbündeten in Münster und mit Schweden und dessen Verbündeten in Osnabrück unterzeichnetes Vertragswerk, das den dreißigjährigen Krieg beendete. Das *Instrumentum Pacis* galt bis 1806 als sog. Reichsgrundgesetz und behielt bis zur Auflösung im Jahre 1806 Gültigkeit. Seine Auswirkungen sollten noch mehrere Jahrhunderte anhalten. Der Westfälische Friede gilt auch als der Beginn der modernen Staatenwelt.

Die *Französische Revolution* hat nicht nur Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts komplett verändert, sondern in Form der Installierung der Menschenrechte bis zum heutigen Tag ihren großen Nachhall gefunden, weshalb sie in einem Beitrag gewürdigt wird. Mit dem *Wiener Kongress* 1815 war die Restauration erfolgreich und konnte noch einmal eine auf dem monarchischen Prinzip basierende Ordnung errichten, die allerdings durch die *Europäischen Revolutionen* von 1848 erschüttert wurde. 1848 ist nicht nur ein Revolutionsjahr für Europa, sondern auch ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte. Ausgelöst durch die erfolgreiche französische Februarrevolution 1848 und die Ausrufung der Zweiten Republik kam es zu Aufständen und bürgerlich-revolutionären Erhebungen fast auf dem ganzen Kontinent – und gerade auch in den deutschen Ländern. Sie richteten sich gegen die zu dieser Zeit herrschenden Mächte der Restauration und deren politische und soziale Strukturen in mehreren Ländern Mitteleuropas. Hier gab es den richtungweisenden Versuch, einen national geeinten, modernen deutschen Staat mit einer freiheitlichen Verfassung zu schaffen, der die Interessen und das Wohl des deutschen Volkes repräsentieren sollte. Wenn auch diese Revolutionen nicht erfolgreich waren, so hinterließen sie bestimmte Errungenschaften, die sich noch heute in Deutschland in Form der Grundrechte widerspiegeln. Der Anfang des 20. Jahrhunderts ausgetragene *Erste Weltkrieg* war der Durchbruch zur Moderne, wie auch die Urkatastrophe jenes Jahrhunderts. Er ließ Imperien zerbrechen, löste Revolutionen aus und veränderte die politische Landkarte in Europa nachhaltig. Der Erste Weltkrieg prägte durch seine Nachwirkungen die politischen und ideologischen Konflikte bis zum Ende des Ost-West-Konflikts. Noch während des Weltkriegs kam es zur *Russischen Revolution* von 1917, die eine doppelte war. Die erste Revolution, die Februarrevolution, begann mit dem Aufstand vom 8. bis 12. März 1917 und führte zum Sturz der autokratischen Zarenherrschaft. Die zweite, die Oktoberrevolution, war ein bewaffneter Aufstand der Bolschewiki gegen die provisorische bürgerliche Regierung am 6. und 7. November und endete mit dem

Sturz der provisorischen Regierung *Kerenskij* und der Einsetzung einer Räteregierung durch die Bolschewiki. Die russische Revolution führte zur Herausbildung des ersten kommunistischen Staates auf der Welt, dessen Führer von der Realisierung der Weltrevolution ausgingen, die insbesondere in den industrialisierten Ländern Europas – Deutschland, Großbritannien und Frankreich – erfolgreich verlaufen sollte. Doch sehr schnell mussten die kommunistischen Führer erkennen, dass der revolutionäre Funke nicht im erhofften Maße auf die anderen Teile Europas übersprang. Solange der Zusammenbruch des Kapitalismus ausblieb, verfolgte die revolutionäre Sowjetunion in der Außenpolitik eine Doppelstrategie.

Mit dem *Versailler Vertrag* und dem aus diesem Vertrag resultierenden *Völkerbund* wurde der Versuch unternommen, eine neue internationale, den Frieden wahrende, Ordnung zu schaffen. Doch bereits im Ansatz waren sowohl Versailler Vertrag als auch Völkerbund zum Scheitern verurteilt: Der Versailler Vertrag, weil er einerseits Deutschland zu stark drangsalierte, andererseits aber dem Land unter *Hitler* die Möglichkeit eröffnete, auf die Weltbühne zurückzukehren. Der Völkerbund, da die USA ihm aufgrund einer negativen Haltung des Senats nicht beitraten und Deutschland und die Sowjetunion als Revisionsmächte ausgeschlossen blieben. Somit war die nächste kriegerische Auseinandersetzung in Europa programmiert, die sich zwischen 1939 und 1945 im *Zweiten Weltkrieg* niederschlug. Er ist die bislang größte und verheerendste Katastrophe in der Menschheitsgeschichte. Der Zweite Weltkrieg wurde über die mehr als 60 Mio. Toten hinaus durch den Holocaust, Flächenbombardements und den ersten Einsatz von Atomwaffen gekennzeichnet. Dieser Weltkrieg hatte die politische Gesamtlage vollkommen verändert. Deutschland und Japan schieden als Großmächte aus und standen zunächst unter Besatzungsstatut. Doch auch Großbritannien und Frankreich, formal Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, hatten solche gewaltigen Kriegsverluste, dass Zweifel bestanden, ob sie jemals wieder ihre Vorkriegsrolle erreichen konnten. Die USA und die UdSSR stiegen zu Welthegeemonialmächten auf. Der Einflussbereich der Sowjetunion reichte nach dem Krieg bis an die Elbe. Europa war in der internationalen Politik zum Objekt geworden.

Anders als nach dem Ersten Weltkrieg regelten nicht die Siegermächte die neue Weltordnung in einem internationalen Friedensvertrag, sondern es war im Wesentlichen die Politik der beiden zu Welthegeemonialmächten aufgestiegenen außereuropäischen Mächte, USA und Sowjetunion, die vier Jahrzehnte die Hauptakteure des *Ost-West-Konflikts* waren. Er war eine machtpolitische und ideologische Auseinandersetzung zwischen zwei unterschiedlichen politischen Weltanschauungen, nämlich dem liberal-pluralistischen Demokratiemodell auf der einen Seite und dem Sozialismus gemäß der sowjetischen Vorstellungen auf der anderen Seite. Der Ost-West-Konflikt vermied zwar den unmittelbaren Waffeneinsatz gegenein-

ander, was der auf Atomwaffen basierten Abschreckungsdoktrin geschuldet war, fand aber dennoch auf zahlreichen Nebenschauplätzen in sog. Stellvertreterkriegen statt. Er wurde in den Bereichen Ökonomie, Gesellschaft, Kultur und auch Sport über mehrere Jahrzehnte ausgetragen. Der eigentliche Ost-West-Konflikt dauerte von 1947 bis 1989/90 und wurde in den beiden Austragungsformen „*kalter Krieg*“ und „*Entspannung*“ durchgeführt. Wesentlich für die US-amerikanische Politik nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa wurde die *Truman-Doktrin*. Sie ist eine Bezeichnung für die in einer Erklärung des US-amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman vom 12. 3. 1947 verkündete Bereitschaft der USA, den durch kommunistische Bewegungen und Staaten bedrohten europäischen Ländern wirtschaftliche, finanzielle und militärische Hilfe zu gewähren. Diese Politik wurde im sogenannten *Marshall-Plan*, offiziell European Recovery Program (ERP), in ein Programm gegossen. Es war ein Hilfsprogramm zum Wiederaufbau der europäischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Wiederaufbau-Programm bestand aus Krediten, Rohstoffen, Lebensmitteln und Waren und fußte auf der Truman-Doktrin. Und noch heute wird, wenn immer sich strukturelle Schwierigkeiten über längere Zeit in einem bestimmten Gebiet der Weltpolitik ergeben, von einer Neuauflage des Marshallprogramms gesprochen.

Neben der Figur des Ost-West-Konflikts dominierte lange Jahrzehnte auch die Figur des Nord-Süd-Konflikts die internationalen Beziehungen. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgte verstärkt die *Entkolonialisierung*, also die Befreiung von Ländern und Völkern aus der rechtlichen Abhängigkeit von Kolonialmächten sowie die Auflösung des vom 16. bis ins 20. Jahrhundert bestehenden Kolonialsystems. In der Charta der Vereinten Nationen (UN) von 1945 wurden in Art. 73 Kolonien als Hoheitsgebiete bezeichnet, deren Völker noch nicht die volle Selbstregierung erreicht hatten. Die Hoheitsgebiete waren die von westeuropäischen Staaten seit dem 16. Jh. eroberten Gebiete in Übersee. Entkolonialisierung ist somit der Prozess der Abnabelung von den Kolonialmächten und beginnt in Amerika im 18. Jahrhundert. Im Laufe dieser Entwicklung wurden zwischen 1943 und 2002 120 ehemalige Kolonien (oder Territorien) unabhängig.

Ein weiterer wichtiger Entwicklungsstrang der internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg war die Gründung der *Vereinten Nationen* (VN). Sie ist mit 193 Mitgliedstaaten eine quasi weltumspannende internationale Organisation, in der nahezu alle Staaten der Erde vertreten sind. Sie hat sich das Ziel gesetzt, den Weltfrieden zu sichern. Inzwischen ist sie von einer Organisation, die ursprünglich vor allem den Krieg als Mittel der Politik ächten sollte, zu einem globalen Forum für die unterschiedlichsten internationalen Probleme geworden. Hier werden alle grundlegenden Weltprobleme diskutiert und zum Teil einer Lösung näher gebracht. Als einzige internationale Organisation kann die VN die universale Gültigkeit

ihrer Ziele, Normen und Grundsätze sowie deren Berücksichtigung durch die Mitgliedstaaten beanspruchen. Mit ihrer Charta stellt sie eine Art Weltverfassung dar. Sie hat sich über Jahrzehnte als hinreichend robust und flexibel erwiesen, um die vielfältigen historischen Umwälzungen vom Ost-West-Konflikt über die Entkolonialisierung und den Nord-Süd-Konflikt sowie das Ende der bipolaren Weltordnung bis hin zum Zeitalter der Globalisierung zu überstehen. Ja, sogar noch mehr: die VN haben mit der Charta einen von den Staaten allgemein akzeptierten normativen und institutionellen Rahmen vorgegeben. Es war insbesondere das Fehlen international akzeptierter Gewaltverbote sowie machtvoller Institutionen zu deren Überwachung und Durchsetzung, die es Staaten erlaubte, immer wieder zum Krieg zu schreiten. Die Tätigkeit der Vereinten Nationen konzentriert sich auf drei Hauptfelder: erstens Aufgaben im Bereich der Sicherung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, zweitens Aufgaben im Bereich des Menschenrechtsschutzes und der Fortentwicklung des Völkerrechts und drittens Aufgaben in den Bereichen Wirtschaft, Entwicklung und Umwelt.

Ebenfalls wurde in Europa mit dem *europäischen Integrationsprozess* ein neuer Weg begangen, der dem jahrhundertlang durch Kriege und Zerstörung gekennzeichneten Kontinent Frieden und Wohlstand brachte. Dieser neue Politikansatz begann nach dem Zweiten Weltkrieg und führte 1951 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Bei ihr handelt es sich um eine internationale Organisation, der die Mitgliedstaaten so viel Kompetenzen übertragen haben wie vergleichbar keiner anderen internationalen Organisation. Inzwischen wurde die zur Europäischen Gemeinschaft (EG) umgewandelte Gemeinschaft im Maastrichter Vertrag 1992 nicht nur in Europäische Union umbenannt, sondern auch mit neuen Kompetenzen versehen. Entscheidend ist, dass die mittlerweile 28 in der EU vertretenen Staaten gemeinsam mit den Organen der EU Politik gestalten. Der europäische Integrationsprozess war nach dem Zweiten Weltkrieg ausgesprochen erfolgreich, wobei sich die EU im Verlauf ihres nunmehr mehr als 60-jährigen Integrationsprozesses zu einem außerordentlich wichtigen Akteur nicht nur in Europa, sondern auch für die gesamte Weltpolitik entwickelt hat. Sie ist eine erfolgreiche Krisengemeinschaft, denn unbeschadet ihrer Erfolge stürzt sich die Gemeinschaft immer wieder in Krisen wie zuletzt in die Eurokrise. Nicht zuletzt die Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die EU symbolisiert diesen außerordentlichen Stellenwert. Die EU ist nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch eine politische Union, die seit Anfang der 1950er Jahre sehr erfolgreich bei der Friedensgestaltung des europäischen Kontinents war.

Innerhalb der Figur des Ost-West-Konflikts wurde zwar der heiße Krieg zwischen den Blockführungsmächten, nicht zuletzt durch die atomare Abschreckung, verhindert. Dennoch kam es auch in diesen Jahrzehnten immer wieder zu Kriegen, von

denen der *Vietnamkrieg* eine ganz besondere Bedeutung hatte. Der Vietnamkrieg war ein dreißigjähriger bewaffneter Konflikt, der 1946 vor allem mit dem Widerstand der vietnamesischen Kommunisten gegen die französische Kolonialmacht begonnen hatte und sich seit den 1960er Jahren insbesondere gegen die US-Amerikaner richtete. Er war ein Krieg um die Unabhängigkeit, die Einheit und die Vorherrschaft im Lande. Er war Teil des historischen Entkolonialisierungsprozesses und wurde überlagert von den Strukturen des Ost-West-Konflikts. Er sollte vor allem die innere Entwicklung in der westlichen Welt sowie die inneramerikanische Entwicklung hochgradig beeinflussen. Die USA führten in den 1960er/1970er Jahren den Vietnamkrieg aus Furcht vor einem Machtvakuum und der Ausbreitung des Kommunismus in weiteren Staaten Südostasiens. Ihr Engagement zur Zurückdrängung des Kommunismus in Vietnam geriet aber politisch und moralisch zu einem Debakel und endete mit dem Sieg des Kommunismus nicht nur in Vietnam, sondern auch in den Nachbarstaaten Laos und Kambodscha. Der Vietnamkrieg zeigt, dass selbst ein kleines Volk wie Vietnam, Laos oder Kambodscha in einem Krieg gegen eine Supermacht siegreich bleiben kann. Der Vietnam-Krieg hat den Geist der vietnamesischen Nation, seinen Kampfeswillen und seine Widerstandskraft verdeutlicht. Der Vietnamkrieg hat ein Jahrzehnt die intraatlantischen Beziehungen nachhaltig belastet und zu Jahrzehnte anhaltenden Auseinandersetzungen innerhalb der amerikanischen Gesellschaft geführt.

Ein anderes Ergebnis des Ost-West-Konflikts war die im August 1961 errichtete *Berliner Mauer* durch die DDR, um damit die anhaltende Massenflucht von DDR-Bürgern in den Westen zu stoppen. Über Nacht wurde Westberlin zu einer eingemauerten Stadt, aus der man nur über festgelegte Grenzübergänge, Transit-Korridore oder mit dem Flugzeug ausreisen konnte. Nach 10315 Tagen fiel die Mauer - ausgelöst durch Massenproteste Hunderttausender unzufriedener DDR-Bürger – am 9. November 1989 in sich zusammen. Der Mauerfall war der Höhepunkt der friedlichen Revolution in der DDR. Ohne ihn wäre die Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich gewesen.

Der Bau der Mauer war das Eingeständnis von SED-Parteichef *Ulbrichts* größter politischer Niederlage. Der vollmundig verkündete Anspruch, die vermeintliche Überlegenheit einer sozialistischen Alternative in der DDR bei offener Grenze zur Bundesrepublik beweisen zu können, erwies sich als nicht realisierbar. Zugleich markierte die Schließung der Grenze jedoch den vorläufigen Endpunkt eines jahrelangen ultimativen Politikpokers, mit dem KPdSU-Chef *Nikita Chruschtschow* versuchte, die Westmächte zum Abschluss eines Friedensvertrages, zur Aufkündigung des Vier-Mächte-Status und zum Abzug aus Westberlin zu bewegen.

Die Mauer sollte die für die nächsten 28 Jahre die politische Spaltung Deutschlands und Europas zementieren. Sie wurde weltweit zum Symbol für den kalten

Krieg, der die Welt politisch in eine östliche und eine westliche Hemisphäre spaltete und darüber hinaus zum Symbol für den Bankrott eines politischen Systems, das seine Existenz nur dadurch zu sichern vermochte, dass es seine Bevölkerung einsperrte. Für den Zeitraum einer ganzen Generation wurden die Deutschen in Ost und West durch eine Grenze, bestehend aus einer Betonmauer, Stacheldraht und Selbstschussanlagen, getrennt. Es war schwer vorstellbar, dass 28 Jahre vergehen würden, bevor mit dem Fall der Mauer die Überwindung der Teilung in Deutschland wieder möglich wurde.

Von „sozialistischer Seite“ wurde die Mauer als „Friedensgrenze“ und „antifaschistischer Schutzwall“ gepriesen, von westlicher Seite wurde sie als „kommunistische Schandmauer“ verdammt. Ihr Fall markiert auch das Ende des kalten Krieges. Mehr als ein Vierteljahrhundert nach ihrer Erbauung fiel die Mauer am 9. November 1989. Dieser 9. November ist fest mit der Deutschen Einheit verknüpft, er ist vielmehr im öffentlichen Denken verankert als der eigentliche Staatsakt der Wiedervereinigung ein knappes Jahr später. Der Fall der Berliner Mauer ist auf erfolgreichen Widerstand und Bürgermut zurückzuführen.

Unter der Diktatur Saddam Husseins sind *Irak-Kriege* (1980–1988; 1990/91 und 2003) geführt worden. Während der erste Irak-Krieg vom 22. September 1980 bis zum 20. August 1988 gegen den Iran (auch Golfkrieg I genannt) in der Weltpolitik weniger Beachtung fand, erregten die folgenden Kriege großes, internationales Aufsehen. Der erste Golfkrieg war ein Grenzkrieg zwischen dem Iran und dem Irak. Der zweite Golfkrieg war ein Krieg im Nahen Osten, der zunächst durch den Einmarsch des Irak in Kuwait am 2. August 1990 begann und mit einem militärischen Gegenschlag von einer Staatenkoalition unter der Führung der Vereinigten Staaten im Frühjahr 1991 Kuwait befreite und dem Saddam-Regime eine schwere Niederlage bereitete. Der dritte Golfkrieg begann am 20. März 2003 mit einer Invasion des Iraks durch die Streitkräfte einer „Koalition der Willigen“ von 39 Staaten unter Führung der USA. Nach dem Sturz Saddam Husseins und nach der Eroberung Bagdads wurde dieser Krieg von US-Präsident George W. Bush für beendet erklärt. Der Krieg war aber nur auf den ersten Blick mit dem Sturz Saddams erfolgreich. Anschließend entwickelte sich der Irak zu einem *failed state*, also einem Land, in dem keine Regierungsgrundfunktionen ausgeübt werden können und Zerstörung und Chaos herrschen. So mussten die Koalitionstruppen unter der Führung der USA lernen, dass die Besetzung fremder Länder unglaublich schwierig ist. Wenn man mithilfe eines Krieges eine Regierung stürzen will, muss man unbedingt sicher stellen, nicht den Staat aufzulösen und das Kind mit dem Bade ausschütten. Anstelle der Wiederherstellung eines staatlichen Gewaltmonopols hat man durch die Auflösung der Streitkräfte sowie durch die Auflösung der Baath-Partei das Land in Anarchie und Chaos abgleiten lassen.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts setzte auch der Zerfall des Vielvölkerstaats Jugoslawien ein. In den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts vollzog sich eine Serie von Kriegen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, die zum Zerfall des Staates führten. Im Bosnienkrieg wurde in *Srebrenica* das schlimmste Massaker seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa durchgeführt. Dabei gab es sowohl ein Versagen internationaler Schutztruppen wie auch der Weltgemeinschaft, die Massenmord und Vertreibungen nahezu untätig zusah. Vor dem Hintergrund dieser Massaker muss sich die internationale Gemeinschaft die Frage stellen, wie solche Vorgänge verhindert werden können und unter welchen Bedingungen und wann ein militärischer Eingriff erforderlich ist. Die Vereinten Nationen haben eine Debatte darüber angestoßen, die unter dem Motto „Responsibility to Protect“ („Verantwortung zum Schutz“, R2P) zusammengefasst wird. Danach ist eine Einmischung der internationalen Gemeinschaft zwangsläufig nötig, wenn ein Staat nicht in der Lage ist, die eigene Bevölkerung vor Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Völkerrecht und internationale Strafgerichtsbarkeit haben sich weiterentwickelt. Und letztlich haben auch die Mitglieder der UNO wie die Staaten der EU ihr Instrumentarium zu Konfliktprävention und Friedensmissionen verbessert. Als letztes und schärfstes Mittel wird auch ein militärischer Eingriff nicht ausgeschlossen.

Natürlich ist über jedes Stichwort bereits ausführlich und unter den verschiedensten Betrachtungsweisen geschrieben worden, sodass der Leser mit fundamentalen Neuigkeiten nicht rechnen kann. Der Autor war aber von dem oftmals an ihn herangetragenem Wunsch fasziniert, ob nicht bestimmte Entwicklungen, hier der internationalen Politik, auf knappen Raum skizziert werden können. Selbstverständlich ist es ein Wagnis, solch gewaltige Themen, die für sich Regale in Bibliotheken füllen, auf knappem Raum abzuhandeln. Wir haben es dennoch versucht, in der Hoffnung, dass sich die Leserin/der Leser nach einem ersten Überblick über ein Thema sich in der Spezialliteratur vertiefen und dort möglichst die Aussagen finden wird, die gesucht werden.

2.1 Einführung

Der Westfälische Friede beendete den Dreißigjährigen Krieg, der ein Bündel aus verschiedenen, miteinander vernetzten konfessionellen, verfassungs- und mächtepolitischen Konflikten war und in den fast alle europäischen Mächte verwickelt waren. Der Westfälische Friede ist ein am 24.10.1648 nach Verhandlungen des Kaisers mit Frankreich und dessen Verbündeten in Münster und mit Schweden und dessen Verbündeten in Osnabrück unterzeichnetes Vertragswerk, das den Dreißigjährigen Krieg beendete. Das *Instrumentum Pacis* galt bis 1806 als sog. Reichsgrundgesetz und behielt bis zur Auflösung im Jahre 1806 Gültigkeit.

Tab. 2.1 Verlauf des 30jährigen Krieges

Der Dreißigjährige Krieg 1618–1648	
23.05.1618	Beginn des Krieges mit dem Prager Fenstersturz
1618–1623	Böhmisch- Pfälzischer Krieg
1625–1629	Dänisch- Niedersächsischer Krieg
1630–1634	Schwedischer Krieg
30.05.1635	Prager Frieden
1635–1648	Französisch-Schwedischer Krieg
25.12.1641	Hamburger Präliminarvertrag : Auswahl der Verhandlungsorte Münster und Osnabrück; Osnabrück auf besonderen Wunsch Königin Christines von Schweden
18.06.1643	Neutralitätserklärung der Stadt Osnabrück
04.12.1644	Offizieller Beginn des Friedenskongresses
15.05.1648	Beschwörung des Spanisch- Niederländischen Friedens im Rathaus zu Münster
24.10.1648	Unterzeichnung des Kaiserlich- Schwedischen und des Kaiserlich- Französischen Friedens
18.02.1649	Austausch der Ratifikationsurkunden

2.2 Problemkomplexe des Dreißigjährigen Kriegs

Der Dreißigjährige Krieg begann als Religionskampf und endete als europäische Machtauseinandersetzung zwischen Habsburg und Frankreich. Trotz seiner Unterbrechungen wurde er von den meisten Zeitgenossen als Einheit verstanden. In ihm entluden sich die Spannungen zwischen katholischen und protestantischen Staaten, Landständen und Fürsten, Reichsstädten und dem Kaiser. Begonnen hatte der Dreißigjährige Krieg am 23. Mai 1618 mit dem „Prager Fenstersturz“, als zwei der am meisten verhassten Repräsentanten des katholischen Habsburger Königs *Ferdinand II.* aus dem Fenster der Prager Burg, dem Hradschin, geworfen worden waren, weil die zuvor zugesagte Religionsfreiheit verweigert wurde. Der Kaiser unterwarf dann die abtrünnigen Böhmen. Der Dreißigjährige Krieg, etwa ein Dutzend kleinerer oder größerer Kriege in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts auf dem Boden des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, war niemals ausschließlich eine deutsche Angelegenheit. Seine Ursachen waren fest mit den politischen und konfessionellen Problemen der Zeit und den Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Mächten verbunden. Die deutschen Lande standen im Mittelpunkt der Interessen der damaligen Großmächte. Es waren hauptsächlich drei Problembereiche, die schließlich zum Dreißigjährigen Krieg führten: a) der Konflikt zwischen Spanien und Frankreich; b) der spanisch-niederländische Krieg und c) die Glaubensspaltung im Reich und die Abspaltungen vom Reich durch protestantische Fürsten.

Der wichtigste die europäische Politik beherrschende Gegensatz war die Auseinandersetzung zwischen den Dynastien der Bourbonen (Frankreich) und der Habsburger (Spanien). Frankreich sah sich zunehmend von der Territorialpolitik Habsburgs eingeengt und umklammert. Im Norden und Osten Frankreichs war seit dem 15. Jahrhundert eine Phalanx spanischer Länder und Stützpunkte entstanden, so dass die Habsburger über weite Teile Europas – Spanien, Burgund, die Niederlande und die habsburgischen Erblande im Elsass – und in ihrem Stammland Österreich herrschten.

Zweiter Problembereich war der Unabhängigkeitskampf der Niederlande von Spanien zwischen 1568 und 1648. In den Niederlanden waren 17 Provinzen 1555 an *Philipp II.* von Spanien übergegangen. Der Ausbreitung der reformatorischen Bewegung durch Lutheraner, Calvinisten und Täufer wurde seitens der Herrscher mit Inquisition und Zensur begegnet, was zum Widerstand gegen die spanische Bevormundung führte. Die bekanntesten Vertreter des Widerstandes waren die Grafen *Egmont* – auch von *Goethe* im gleichnamigen Drama verarbeitet – und *Hoorn*, beide 1568 hingerichtet, und *Wilhelm von Oranien*. Im gleichen Jahr brach der offene Kampf gegen die spanische Besatzungsmacht aus. *Wilhelm von Oranien*,

der 1573 zum reformierten Bekenntnis übergetreten war, entwickelte sich zum Führer des Widerstandes in den aufständischen protestantischen Provinzen Holland und Seeland. Der Freiheitskampf der Niederländer (der Geusen) sollte immer erfolgreicher werden. Die Auseinandersetzungen im spanisch-niederländischen Krieg weiteten sich über die Grenze nach Westfalen aus. Dieser 80 Jahre dauernde Erbfolgekrieg konnte auch erst mit dem Westfälischen Frieden 1648 beendet werden.

Dritter Problemkomplex war im Zusammenhang mit der Spaltung der Kirche die Teilung der Reichsfürsten in zwei Lager. Zwar waren im Augsburger Religionsfrieden von 1555 die lutherischen Kirchen anerkannt worden, nicht aber die Anhänger *Calvins* und *Zwinglis*. Die Reichsstände erhielten zwar die freie Wahl der Konfession, doch die jeweiligen Untertanen mussten das Bekenntnis ihrer Obrigkeit annehmen („*Cuius regio, eius religio*“). An der Südostgrenze des Reiches versuchten einige Stämme sich von der habsburgischen Bevormundung zu lösen, da auch hier die Ausbreitung des Protestantismus mit den Unabhängigkeitsbestrebungen verbunden war. Dagegen schlossen sich die österreichischen, ungarischen und mährischen Stände der habsburgisch-katholischen Seite an, während die böhmischen Stämme dagegen einen protestantischen König wählten. Die folgenden Unruhen und Zerstörungen führten 1618 zum „Prager Fenstersturz“.

Im Laufe der Zeit traten Dänemark, Schweden und Frankreich in die Kriegshandlungen ein, niederländische, englische und spanische Söldner kämpften auf verschiedenen Seiten. Aus dem Glaubenskrieg wurde ein Machtkampf der Obrigkeiten um die Vorherrschaft in Europa. Söldnertruppen verwüsteten weite Teile Mitteleuropas, raubten, mordeten und brannten feindliches Territorium nieder. Gegen Ende der Auseinandersetzungen wurde allen Kriegsparteien aber klar, dass niemand den Krieg gewinnen konnte, dass aber alle Beteiligten des Leidens müde waren.

2.3 Der Verlauf des Dreißigjährigen Krieges

Obwohl der Name ein einheitliches dreißigjähriges Kriegsgeschehen suggeriert, bestand dieser Krieg aus mehreren einzelnen Kriegen, die in folgende Zeitabschnitte eingeteilt werden: 1618–1623 Böhmisches-Pfälzischer Krieg, 1625–1629 Dänisch-Niedersächsischer Krieg, 1630–1635 Schwedischer Krieg und 1635–1648 Schwedisch-Französischer Krieg. Doch schon von den Zeitgenossen wurden der „Teutsche Krieg“ als Einheit verstanden.

2.3.1 1618–1623 Böhmisches -Pfälzischer Krieg

1619 gaben sich die Böhmen eine eigene ständische Verfassung (Konföderationsakte) und forderten alle Länder des Habsburger Herrschaftsgebietes auf, sich ihnen anzuschließen. Die böhmischen Stände setzten den Habsburger *Ferdinand II.* als böhmischen König ab und wählten Kurfürst *Friedrich V.* von der Pfalz zum neuen böhmischen König (Winterkönig). Damit wurde das ursprünglich habsburgische Problem zu einer Reichsangelegenheit. In der Schlacht am Weißen Berg bei Prag wurden die böhmischen Truppen *Friedrichs V.* 1620 von den vereinten Heeren der katholischen Liga und des Kaisers unter dem Kommando *Tillys* geschlagen. Die böhmischen Truppen scheiterten aber u. a. an mangelnder militärischer Unterstützung durch andere protestantische Fürsten. *Ferdinand II.* verleibte sich die böhmischen Länder der habsburgischen Monarchie ein. 1621 erfolgte die Auflösung der protestantischen Union, der politischen und militärischen Interessenvertretung der protestantischen Fürsten. Blutige Vergeltungsmaßnahmen wurden gegen die böhmischen Protestanten ergriffen.

2.3.2 1625–1630 Dänisch-Niedersächsischer Krieg

Christian IV. von Dänemark griff 1625 in seiner Eigenschaft als Herzog von Holstein und Verbündeter der norddeutschen Fürsten, unterstützt durch Hilfgelder aus England und den Niederlanden, in den Krieg gegen die katholische Liga ein, um sein Ostseeimperium gegenüber dem schwedischen Rivalen zu stärken. *Christian IV.* unterlag aber den Heeren der Liga und des Kaisers und musste im Frieden von Lübeck 1629 auf zahlreiche kleinere Gebiete in Deutschland verzichten. In diesem Friedensvertrag zwischen dem deutschen Kaiser und dem König von Dänemark verpflichtete sich Dänemark bei Rückerstattung seiner besetzten Gebiete zur Nichteinmischung bei deutschen Streitigkeiten. Kaiser *Ferdinand II.* befand sich jetzt auf dem Höhepunkt seiner Macht. Er erließ das Restitutionsedikt 1629, das die Wiederherstellung allen nach 1555 säkularisierten Kirchenbesitzes verlangte. Es stellte somit eine entscheidende ökonomische und damit auch politische Gewichtsverlagerung zugunsten des Katholizismus im Reich dar.

2.3.3 1630–1635 Schwedischer Krieg

Die deutschen Fürsten zwangen Kaiser *Ferdinand II.* auf dem Reichstag zu Regensburg *Wallenstein* als Oberbefehlshaber des kaiserlichen Heeres zu entlassen und

das Heer auf 40.000 Mann zu verringern. Unter König *Gustav Adolf II.* erfolgte die erfolgreiche Invasion der schwedischen Truppen im Reich, denn Schweden wollte die Hegemonie über den Ostseeraum behalten. Nach und nach traten auch bisher kaisertreue protestantische Fürsten gegen den Kaiser in den Krieg und verbündeten sich mit Schweden (Heilbronner Bund 1633). Einen entscheidenden Sieg errangen die kaiserlichen Truppen mit spanischer Hilfe bei Nördlingen 1634, die meisten Reichsstände schlossen 1635 den Prager Frieden mit dem Kaiser. Diese Entwicklungen hätten den Krieg im Reich beenden können, wenn nicht andere Mächte ihre Interessen auf dem deutschen Kriegsschauplatz weiterverfolgt hätten. Mit der Unterzeichnung des Prager Friedens hörte der Dreißigjährige Krieg auch formal auf ein Religionskrieg zu sein, da sich mit diesem Vertrag nun auch die deutschen Protestanten mit dem Kaiser im Kampf gegen die Schweden zusammenschlossen. Allerdings wurden die Calvinisten von den konfessionellen Bestimmungen des Vertrages ausgeschlossen. Nach dem Ausscheiden Dänemarks auf dem deutschen Kriegsschauplatz bot sich nun für Schweden die Chance, sich endgültig als Ostseegroßmacht zu etablieren.

2.3.4 1635–1648 Schwedisch-französischer Krieg

Der schwedisch-französische Krieg ist die langwierigste und verheerendste Phase des gesamten Dreißigjährigen Krieges, in der es um die Hegemonie in Westeuropa ging. Frankreich und Schweden versuchten gemeinsam die habsburgische Macht zu brechen. Das Heilige Römische Reich blieb Schlachtfeld Europas im Schwedisch-Französischen Krieg. Die französischen Feldzüge gegen Heere der Bayern und Spanien und vor allem im Westen und Süden sowie die schwedischen Feldzüge im Norden des Reiches und in Böhmen gegen brandenburgische, sächsische und kaiserliche Truppen führten über zahlreiche Schlachten zu Erschöpfung und Ermattung auf allen Seiten und zu Friedensinitiativen. Seit 1643 wurden in Münster und Osnabrück Friedensverhandlungen geführt, die 1648 zum Westfälischen Frieden führten.

2.4 Ergebnisse des Westfälischen Friedens 1648 und Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges

Als eine der wichtigsten Voraussetzungen für diese Friedensverhandlungen galt es zunächst, zwei Städte als Verhandlungsorte zu wählen, die auf neutralem Gebiet lagen. Die Städte Münster und Osnabrück erfüllten damals diese Voraussetzun-

gen, und so begannen in beiden Städten ab 1643/1644 die Friedensverhandlungen. Im evangelischen Osnabrück fanden die Verhandlungen mit den Gesandten des Kaisers, mit denen der Stände und der protestantischen Schweden statt, während sich im katholischen Münster die kaiserlichen Abgeordneten mit denen des französischen Königs trafen. Da die beiden Städte gerade mal 50km auseinander lagen, konnten durch Reiter schnell Nachrichten überbracht werden. Dieser Friedensvertrag konnte nur durch einen fünf Jahre dauernden Friedenskongress geschlossen werden, der in den Städten Münster und Osnabrück stattfand. Insbesondere folgende drei Aufgaben mussten gelöst werden. 1. Das Kräfteverhältnis zwischen den europäischen Mächten war neu zu bestimmen, 2. das Verhältnis zwischen dem Kaiser und den Reichsständen musste neu geordnet werden, und 3. war das Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten sowie deren Stellung im Reich zu regeln. Vor allem das Habsburg-Reich, Frankreich und Schweden wollten ihre vermeintlich rechtmäßigen Machtansprüche durchsetzen. Die Habsburger suchten ihr „Universalreich“ gegenüber den Ansprüchen der Niederländer abzusichern. Frankreich wollte eine mögliche Umklammerung durch das Haus Habsburg mit allen Mitteln verhindern und Schweden verlangte nach einer Entschädigung für die hohen Kriegskosten. Der Friedensvertrag ist ein völkerrechtlicher Vertrag und zugleich ein Reichsgrundgesetz.

Der Westfälische Frieden besteht nicht nur aus den Friedensdokumenten, die in Osnabrück und Münster unterzeichnet wurden. Er ist ein umfangreiches Regelwerk. Neben den Verträgen zwischen dem Kaiser und den Reichsständen enthält es auch einen revidierten Religionsfrieden für das Reich und umfassende Regelungen für die Verfassungsverhältnisse des Reiches. Damit wurde der Westfälische Frieden zu einem der wichtigsten Dokumente der Reichsverfassung. Viele in ihm festgeschriebene politische und territoriale Kompromisse wirken noch bis in die Gegenwart fort. Nach heutigem Verständnis werden die Dokumente des Westfälischen Friedens als historischer Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung gleichberechtigter Staaten und als Beitrag zur friedlichen Toleranz der Konfessionen bewertet. Diese Interpretation kommt seit den 1990er Jahren auch alle zwei Jahre mit der Verleihung des Westfälischen Friedenspreises durch die Stadt Münster zum Ausdruck.

Die substantiellen Friedensverhandlungen begannen im Juni 1645 und wurden in Osnabrück direkt, ohne Vermittlung, zwischen den kaiserlichen, den reichsständischen und den schwedischen Gesandten, in Münster dagegen unter päpstlicher und venezianischer Vermittlung zwischen den kaiserlichen und den französischen Gesandten geführt. Die Trennung der Verhandlungen erfolgte, um einerseits Rangstreitigkeiten zwischen Frankreich und Schweden vorzubeugen, zum anderen, weil die protestantischen Mächte und die Römische Kurie nicht miteinander verhandeln wollten.

Wichtigste Ergebnisse neben der Vielzahl der Einzelregelungen sind Regelungen in der Konfessionsfrage und Toleranz im Reich; Regelungen zur Klärung der Verfassungsfrage und Souveränität sowie nicht zuletzt mächtropolitischen Regelungen.

2.4.1 Konfession und Religion

Der Westfälische Frieden wurde ein Grundgesetz des Reiches und war seitdem einer der wichtigsten Teile der Reichsverfassung. Ergebnisse in Bezug auf die Konfessionsfrage waren: Der Passauer Vertrag (1552) und der Augsburger Religionsfriede (1555) wurden anerkannt und auf die Reformierten ausgedehnt. Es gab nun eine Gleichberechtigung von Katholiken, Protestanten und Calvinisten. Die Restitution der geistlichen und weltlichen Rechtsverhältnisse gemäß dem „Normaltag“ des 1.1.1624, d.h. es galt die Konfessionszugehörigkeit dieses Stichtages, wurde vorgenommen. Spätere Wechsel sollten toleriert werden. Die Reichsstände behielten ihre Kirchenhoheit, durften aber andersgläubige Untertanen nicht diskriminieren, die ihren Glauben privat ausüben konnten. Das landesherrliche Reformationsrecht blieb also bestehen, aber Andersgläubigen wurde die sogenannte „Hausandacht“ und bürgerliche Gleichberechtigung zugebilligt.

Geistliche Fürsten durften nicht zum Protestantismus wechseln; der „geistliche Vorbehalt“ sah vor, dass katholische Fürsten bei einem Konfessionswechsel ihr Amt als Landesherr verloren. Die Reichsverfassung wurde so modifiziert, dass keine Konfession die andere mehr dominieren konnte. Allerdings wurde die Konfessionsproblematik durch den Westfälischen Frieden nicht beseitigt. Der Friede führte zur langfristig konfessionell polarisierten Reichspolitik. Insgesamt bildete das Verfassungssystem des Reiches in der Folgezeit den Rahmen für eine konfessionelle Koexistenz der Reichsstände und für eine juristische Austragung politisch-sozialer Konflikte. Der Papst verweigerte dem Westfälischen Frieden seine Anerkennung.

Um die Freiheit der deutschen Reichsstände gegenüber Zentralisierungsbestrebungen des Kaisers zu sichern, enthielt der Osnabrücker Friedensvertrag auch eine neue Reichsverfassung. Sie stärkte die Selbständigkeit der Territorialherren, erkannten Katholiken, Lutheraner und Reformierte als gleichberechtigt an und räumte den Untertanen gewisse Schutzrechte bei Konfessionswechsel ihrer Landesherrn ein.

2.4.2 Verfassungsfrage und Souveränität

In der *Reichsverfassung* wurden Kurfürsten und Fürsten als gleichberechtigt neben dem Kaiser anerkannt. Die Außenpolitik des Reichs bedurfte der Zustimmung des

Reichstags, in dem die Reichsstädte endgültig Sitz und Stimme gewannen und als dritte Kurie neben die Kurfürsten und Fürsten traten. Der Westfälische Friede besiegelte, dass der Weg zu souveräner Staatlichkeit nicht vom Reichsanzug unter dem Kaiser, sondern von den mächtigen Reichsfürsten in ihren Territorien beschritten werden sollte. Die Reichsfürsten erhielten die freie Ausübung ihrer Landeshoheit einschließlich dem Bündnisrecht, d. h. einen quasi-souveränen Status verbrieft (den die meisten aber kaum ausfüllen konnten) sowie ein korporatives Mitbestimmungsrecht in allen Reichsangelegenheiten auf dem Reichstag, der sich in der Folgezeit zu einem „immerwährenden“ Gesandtenkongress und Kommunikationsforum zwischen Kaiser und Reichsständen verstetigten sollte. Die Schweizer Eidgenossenschaft und (im parallel ausgehandelten niederländisch-spanischen Frieden) die Republik der Vereinigten Niederlande wurden als souveräne Staaten anerkannt. Sie erhielten innerhalb ihrer Territorien alle Hoheitsrechte, waren aber weiterhin Mitglieder des Reichs und an Reichsgesetze gebunden. Somit erweist sich der Dreißigjährige Krieg gemäß Jacob *Burkhardt* als „Staatsbildungskrieg“ d. h. in den Konflikten ging es um die Erlangung staatlicher Souveränität (Stolberg-Rielinger 2003).

2.4.3 Mächtropolitische und wichtigste territoriale Regelungen

Im Rahmen des Westfälischen Friedens wurden die rechtliche Ordnung und die neuen politischen Kommunikationsformen des europäischen Mächtigesystems ausgehandelt. Dieses System wurde nun nicht mehr als universelle Hierarchie ungleicher Herrschaftsträger unter Papst und Kaiser, sondern als Gemeinschaft prinzipiell gleichberechtigter, unabhängiger, souveräner Staaten definiert. Frankreich und Schweden erhielten territoriale und finanzielle Zugeständnisse (Kriegsentschädigungen) und wurden Garantiemächte des Friedens. Frankreich konnte weiterhin über die Bistümer Metz, Toul und Verdun verfügen. Darüber hinaus erhielt es vom Haus Habsburg die Landgrafschaften Unter- und Oberelsass, den Sundgau und die Landvogtei über die zehn elsässischen Reichsstädte. Schweden wurde Vorpommern, Wismar und die Bistümer Bremen und Verden als Reichslehen mit Sitz und Stimme auf dem Reichstag zugesprochen. Brandenburg bekam Vorpommern Hinterpommern und Cammin, die Bistümer Halberstadt und Minden sowie die Anwartschaft auf Magdeburg. Mecklenburg erhielt für Wismar die Bistümer Schwerin und Ratzeburg. Hessen-Kassel erhielt die Abtei Hersfeld und die Grafschaft Schaumburg. Bayern erhielt die Oberpfalz und die pfälzische Kurwürde. Die Rheinpfalz wurde mit der neuen achten Kurwürde an *Karl von der*